



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen
Ratsfrau

Presseinformation

Nr. 78/2010 Kiel, 10. Juni 2010

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Minderheitenbericht

Antrag der Kooperation läuft ins Leere und bindet Personal und Steuergelder

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erklärt Ratsfrau Silke Jürgensen in der Debatte zu TOP 10.4: „Minderheitenbericht und Förderung der dänischen Minderheit und der Sinti und Roma in der Stadt Kiel“:

„Nationale Minderheiten stehen in Deutschland unter dem besonderen Schutz des Bundes und der Länder. Minderheitensprachen werden geschützt und gefördert. Das Gleiche gilt für das kulturelle Erbe der Menschen, die diesen Volksgruppen angehören.

Das geschieht auch hier in Kiel. Nach wie vor gelten für die Dänische Minderheit die Kieler Erklärung und die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen.

Die rot-grüne Kooperation wünscht nun von der Kieler Verwaltung regelmäßig Berichte über aktuelle Situationen und die Aktivitäten zum Schutz und zur Förderung der in Kiel ansässigen Minderheiten. Es gibt doch aber schon jetzt die Möglichkeit, sich hierüber zu informieren.

Explizit für die Sinti und Roma haben wir hier in Kiel das in Deutschland noch einmalige Wohnprojekt Maro Temm.

Die Menschen der Sinti und Roma werden begleitet durch das Job-Center, ehrenamtliche Mitarbeiter, einer in Vollzeit angestellten Fachkraft, durch MediatorInnen, die sich sehr intensiv um die Kinder und Jugendlichen kümmern. Im Bericht des Städteprogramms „Soziale Stadt“, in das Maro Temm aufgenommen wurde, sind ebenfalls die Informationen zu finden, die Rot-Grün sich von einem weiteren Bericht der Stadt erhofft. Ebenso im Integrationsbericht.

Ich möchte hier auch noch einmal auf eine Aussage des Vorstandsmitglieds der Maro TemmeG., Frau Renate Schnack, verweisen:

"Vorraussetzung für das Gelingen dieses Projektes ist, dass eine solche Entwicklung behutsam, ohne gegenseitige Überforderung, unter Berücksichtigung der kulturellen Besonderheiten und des historisch begründeten Verfolgungstraumas entfaltet wird..... Wer hier schnelle und sichtbare Erfolge erwartet wird enttäuscht werden."

Die Informationen, die die Kooperation erwartet, kann sie schon jetzt erhalten. Gesichert ist dieses Projekt bis 2012 und ich bin sicher, dass es weitere Unterstützung erfährt und Berichte folgen werden. Des Weiteren wird es sehr schwierig sein, zu erfassen, wie viele in Kiel lebende nationale Minderheiten es überhaupt gibt. Es ist die private Entscheidung eines jeden Einzelnen, sich zu einer nationalen Minderheit zugehörig zu fühlen, deshalb wird diese Zugehörigkeit nicht von Staats wegen registriert.

Die Kooperation möchte, dass die Stadt Kiel dänische Sprachkenntnisse bei der Einstellung im öffentlichen Dienst berücksichtigt, soweit es im Einzelfall zur Wahrnehmung einer konkreten Tätigkeit als erforderlich erachtet wird. Ja, wird denn der Verwaltung bei der Auswahl der Bewerber so wenig zugetraut?

Selbstverständlich gehört es zu einer guten Personalpolitik, nach Kriterien einzustellen, die der potentielle Arbeitsplatz erfordert. Ich bin überzeugt, dass unsere Verwaltung genau so verfährt.

Die Kooperation möchte Aufkleber über dänische Sprachkenntnisse an den Bürotüren anbringen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die dänische Minderheit zweisprachig aufwächst - mindestens zweisprachig. Und meint die Kooperation nicht, dass dann für alle anderen ausländischen Mitbürger auch so ein Aufkleber angebracht werden müsste? Es soll dann doch schließlich niemand benachteiligt werden, oder?

Der Antrag von Rot-Grün bindet Personal, das an anderer Stelle dringend gebraucht wird. Er bindet Steuergelder, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden. Die Kooperation trägt damit nicht zum Bürokratieabbau bei, sondern beschert der Kieler Verwaltung das Gegenteil.

Ich möchte hier aber noch einmal eindeutig festhalten, dass wir, die FDP-Ratsfraktion, den Schutz der in Kiel lebenden Minderheiten bewahren und weiter fördern werden, auch wenn uns die katastrophale Haushaltslage des Landes dazu zwingen wird, *auch* hier schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen. Aber die treffen uns alle. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, wir werden ihn ablehnen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm

Fraktionsgeschäftsführer